



Presseschau vom 02.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Schweiz: Mitmachen beim europäischen Selbstmord oder neutral bleiben?

Wenn der Schweizer Bundesrat demnächst darüber befindet, ob die Munition für deutsche Gepard-Panzer an die Ukraine geliefert werden darf, entscheidet er nicht über einen Rüstungsexport. Er entscheidet über die Zukunft der Schweiz. ...

<https://kurz.rt.com/300h> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Will Deutschland vom Untergang der Ukraine profitieren? Ex-Präsident Medwedew kritisiert Scholz

Russlands früherer Präsident Dmitri Medwedew hat Bundeskanzler Olaf Scholz scharf angegriffen. In einem Artikel unter der Überschrift "Ukrainisierte Leberwurst" schreibt er, Scholz verfolge aus neo-imperialistischen Motiven und aus wirtschaftlichen Interessen Deutschlands heraus eine Eskalationslinie im Ukraine-Konflikt, an deren Ende es keine Ukraine mehr geben werde. ...

<https://kurz.rt.com/2zzn> bzw. [hier](#)

Daniil Bessonow: Kissingers Angebot an die Ukraine: Der Westen ist außer Atem – und stellt Russland noch eine Falle

Das umstrittene Angebot vom Urgestein der US-Diplomatie Henry Kissinger an die Ukraine hat zweierlei Bedeutung. Erstens geht dem Westen bei dessen Krieg an allen Fronten gegen Russland die Puste aus, insbesondere bei dem mit ukrainischem Blut in der Ukraine geführten. Zweitens aber ist das Angebot ebenso eine Falle für Russland. ...

<https://kurz.rt.com/2zup> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Polit-Kommentator Satanowskij: "Dass Deutschland noch existiert, verdankt es Putin"

Ungewöhnlich scharfe Äußerungen fand der russische Intellektuelle Ewgenij Satanowskij für das aktuelle Verhältnis seines Landes gegenüber Deutschland und Europa. Seine Worte kommen einem Tabubruch gleich. Sie markieren eine Zeitenwende in der russischen Wahrnehmung. ...

<https://kurz.rt.com/2zzx> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:02 de.rt.com: Erdoğan-Sprecher: Problem der Getreidelieferungen aus der Ukraine kann schnell gelöst werden

Die Schwierigkeiten bei der Ausfuhr von Getreide aus den Häfen der Ukraine könnten in ein bis zwei Wochen behoben werden, so ein Sprecher des türkischen Präsidenten Erdoğan. Diesbezügliche Einzelheiten würden beim Besuch des russischen Außenministers Sergei Lawrow erörtert.

Probleme bei der Versorgung der Weltmärkte mit Getreide aus der Ukraine könnten in ein oder zwei Wochen gelöst werden. Diese Meinung vertritt der türkische Präsidentensprecher İbrahim Kalın, wie die türkische Zeitung Star [berichtet](#).

Laut Kalın erörtert das türkische Außenministerium diese Angelegenheit mit der Ukraine,

Russland und den Vereinten Nationen. Außerdem hätten die Präsidenten Russlands und der Türkei das Thema in einem Telefongespräch besprochen.

Auch während des bevorstehenden Besuchs des russischen Außenministers Sergei Lawrow am 8. Juni soll die Schaffung eines Sicherheitskorridors zu den ukrainischen Häfen im Schwarzen Meer erörtert werden, fügte Kalin hinzu. Er stellte fest:

"Einzelheiten dieses Problems werden kommende Woche bei diesem Besuch geklärt."

Es gebe auch technische Fragen, die bei den Gesprächen erörtert werden müssten, sagte Kalin. Weiter stellte der Präsidentensprecher fest:

"All diese Fragen werden in ein bis zwei Wochen bei Treffen in der Türkei entschieden, sodass die Türkei eine wichtige Mission zur Bewältigung der weltweiten Nahrungsmittelkrise in Angriff nehmen kann."

Auf die Frage, ob in den kommenden zwei Wochen eine Delegation aus der Ukraine die Türkei besuchen wird, sagte Kalin, dass ein solcher Besuch noch nicht geplant sei. Er fügte jedoch hinzu:

"Unsere Türen stehen unseren ukrainischen Freunden immer offen."

Ende Mai warnte Maurizio Martina, stellvertretender Generaldirektor der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, dass die Zahl der Hungernden weltweit aufgrund der russischen Sonderoperation in der Ukraine um 18 Millionen auf 218 Millionen Menschen ansteigen könnte. Als Faktoren, die zur Nahrungsmittelkrise beitragen, nannte er Gefahren für Getreidelieferungen sowie die steigenden Preise für Weizen und Düngemittel.

Anfang Mai schätzte Martin Frick, der Leiter des UN-Welternährungsprogramms in Deutschland, die Menge des aufgrund des Konflikts nicht aus ukrainischen Häfen ausgeführten Getreides auf 4,5 Millionen Tonnen, während US-Außenminister Anthony Blinken die Menge auf 20 Millionen Tonnen bezifferte. Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung exportierte das Land vom 1. bis 30. Mai 2022 1,06 Millionen Tonnen Getreide, was rund 62 Prozent weniger sind als die 2,81 Millionen Tonnen im Mai des Vorjahres.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärte, ukrainische Seeminen vor der Küste des Gebiets Odessa und die Sanktionen gegen Russland würden die Wiederaufnahme der Einfuhr von Getreide aus der Ukraine auf dem Seeweg behindern. Ihm zufolge möchte die Ukraine nicht, dass russische Kriegsschiffe die Häfen von Odessa anlaufen, während Russland befürchtet, dass Schiffe, die durch diesen Korridor fahren, Waffen in die Ukraine liefern könnten. Çavuşoğlu sagte diesbezüglich:

"Es muss einen Überprüfungsmechanismus geben."

Er teilte auch mit, dass es technisch möglich sei, die Minen im Schwarzen Meer innerhalb von ein bis zwei Wochen zu entschärfen, und dass die Türkei bereits damit begonnen habe, über einen Ausweg aus der Situation zu diskutieren.

Kiew forderte internationale Garantien für die Wiederherstellung der Getreidelieferungen aus der Ukraine. Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärte, einseitige russische Garantien reichten nicht aus. Er sagte auch, dass die Ukraine keine Einwände gegen eine Beteiligung der UN in dieser Angelegenheit habe.

Unterdessen erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow, dass Russland schon vor langer Zeit alle nötigen Zugeständnisse gemacht habe und dass die Ukraine die Küstengewässer für die Durchfahrt von Schiffen mit Getreide räumen müsse. Er sagte auch, dass westliche Länder diese Probleme künstlich geschaffen hätten, indem sie ihre Häfen für russische Schiffe geschlossen und damit logistische und finanzielle Abläufe unterbrochen hätten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629734dc48fbef402a5700dd.jpg>

20:44 de.rt.com: **EU peilt Algerien als Ersatzgaslieferant an – Wissenschaftler warnen vor Klimafolgen**

Das algerische Gasfeld Hassi R'Mel wird in Brüssel als potenzieller Ersatz für russische Gaslieferungen nach dem angestrebten EU-Embargo angesehen. Wegen erheblicher Methan-Emissionen an der Anlage zeigen sich Forscher bei der Idee jedoch weniger optimistisch. Die Ergebnisse einer wissenschaftlicher Studie stellen die Pläne der EU infrage, das Erdgasfeld Hassi R'Mel in der algerischen Provinz Laghouat nach dem Verzicht auf russisches Gas als Hauptlieferanten des blauen Brennstoffes zu nutzen. Demnach ergab eine Analyse von Satellitendaten, die die Wissenschaftler der Polytechnischen Universität Valencia vorgenommen hatten, dass bei einer Kompressorstation auf dem Gasfeld in Algerien seit fast vier Jahrzehnten große Mengen Methan, ein starkes Treibhausgas, austreten, wie die Zeitung Bloomberg am Dienstag berichtete.

Während die Gesamtmenge der von der Anlage ausstoßenden Emissionen schwer zu schätzen ist, gehen die Forscher davon aus, dass sie stündlich etwa 4,5 Tonnen Methan in die Atmosphäre abgibt. Anderen Schätzungen des Geoanalyseunternehmens Kayrros SAS zufolge stiegen die Emissionen des gesamten Hassi-R'Mel-Komplexes im vergangenen Jahr um unglaubliche 67 Prozent auf 939.000 Tonnen Methan an, das kurzfristig die 84-fache Erwärmungskraft von CO₂ hat. Experten behaupten, dass eine solche Menge die gleiche Umweltbelastung verursacht wie 17 Millionen Autos.

Algerien liefert derzeit etwa acht Prozent des gesamten EU-Gases. Die Mengen könnten jedoch noch steigen, wenn die EU ihren Plan verwirklicht, auf russische Lieferungen zu verzichten. Vergangene Woche hatte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigt, dass es das langfristige Ziel der EU sei, "sich von der gesamten Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen zu befreien, und zwar von allen drei [Gas, Öl und Kohle], und nie wieder zurückzukehren".

Aufgrund hoher Emissionswerte, die mit den von der EU verfolgten Klimazielen unvereinbar sind, sind die Perspektiven der Hassi-R'Mel-Anlage als möglichen Ersatzlieferanten jedoch ungewiss. Wissenschaftler wissen seit Langem, dass das algerische Gasfeld ein Methan-Hotspot ist, dennoch wird durch die neue Analyse laut Bloomberg noch mehr Druck auf die europäischen Gesetzgeber ausgeübt, die Schadstoffkontrollen in dem nordafrikanischen Land zu verschärfen.

Allerdings könnte es in der gegenwärtigen Situation schwierig sein, die Behörden des Landes zum Handeln zu bewegen, sagte Antoine Vagneur-Jones von der Forschungsgruppe für saubere Energie BloombergNEF. Er sah aufgrund des Vorstoßes Brüssels, die Energiebeziehungen zu Moskau zu kappen, die Gefahr, dass Algerien bessere Karten haben werde.

Indessen bezweifelte die staatliche algerische Öl- und Gasgesellschaft Sonatrach, die das Hassi-R'Mel-Feld betreibt, die Ergebnisse der Studie und verwies dabei auf ihre eigenen

Emissionsschätzungen, die "viel niedriger" seien.

Vergangenen November hatten sich mehr als 100 Staaten beim UN-Klimagipfel in Glasgow einer Initiative der EU und der USA angeschlossen, die Methanemissionen bis 2030 um 30 Prozent zu reduzieren. Algerien stand allerdings nicht auf dieser Liste.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629611a2b480cc656679bfbfc.jpg>

Fackeln auf dem Erdgasfeld Hassi R'Mel in der algerischen Provinz Laghouat

21:00 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk will Richter aus Europa am Kriegsverbrechertribunal beteiligen**

Vertreter europäischer Länder können in die Reihen der Richter am internationalen Kriegsverbrechertribunal aufgenommen werden, erklärte die Vorsitzende des Ausschusses für Straf- und Verwaltungsrecht des Volksrates der DVR, Jelena Schischkina, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Man habe entsprechende Einladungen an diverse europäische Länder versandt, ergänzte sie.

Zuvor hatte die Menschenrechtsbeauftragte der Volksrepublik Darja Morosowa gegenüber RIA Nowosti [erklärt](#), dass das Büro des Menschenrechtsbeauftragten in der Republik Beweise für die von ukrainischen bewaffneten Verbänden begangenen Kriegsverbrechen sammelt. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin erklärte, dass in Kürze ein Termin für die Ausarbeitung des Statuts des Tribunals bekannt gegeben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62979b9448fbef39cc4167bd.jpg>

21:19 de.rt.com: **Waffenlieferungen an Kiew: Russland sieht Risiko des direkten Konflikts mit den USA**

Sergei Rjabkow, Russlands stellvertretender russischer Außenminister, ist der Ansicht, dass

US-Waffenlieferungen an Kiew das Risiko eines direkten Konflikts zwischen Russland und den USA erhöhen. Russland werde seine Ziele in der Ukraine aber erreichen, so der Politiker. Sämtliche Waffenlieferungen an die Ukraine erhöhen das Risiko einer direkten Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland. Dies hat der stellvertretende Außenminister Russlands Sergei Rjabkow in einem [Interview](#) mit RIA Nowosti erklärt. Er bezeichnete das Bestreben der US-Regierung, "den Krieg bis zum letzten Ukrainer zu führen, um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen", als beispiellos und gefährlich. Nach Ansicht des stellvertretenden Ministers sind in Washington mit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine die Reste eines verantwortungsvollen und vernünftigen Umgangs mit der Situation zerbrochen. Die USA tun nichts, um eine Lösung in der Ukraine-Krise zu finden, sagte Rjabkow. Als Sicherheitsgarantien für Russland diskutiert worden seien, habe es keine Anzeichen dafür gegeben, dass die USA bereit gewesen wären, die Eskalation der Spannungen und die offene Konfrontation aufzugeben. Rjabkow betonte jedoch, dass Moskau die Ziele der speziellen Militäroperation in der Ukraine trotz der westlichen Waffenlieferungen an das Land auf jeden Fall erreichen werde. Am 31. Mai teilte das Weiße Haus mit, dass die Vereinigten Staaten das Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem HIMARS, um das Kiew wiederholt gebeten hatte, als Teil eines neuen Militärhilfepakets im Wert von 700 Millionen US-Dollar (rund 687 Millionen Euro) an die Ukraine liefern werden. Die US-Regierung betonte, dass das ukrainische Militär das Waffensystem nicht für Angriffe auf russisches Territorium einsetzen werde. Darüber hinaus umfasst das Paket Radarstationen, Hubschrauber, Fahrzeuge und Panzerabwehrwaffen, darunter Javelin-Systeme. Am selben Tag veröffentlichte die Zeitung The New York Times einen [Artikel](#) von US-Präsident Joe Biden. Hierin erklärte er seine Absicht, der Ukraine fortschrittlichere Raketensysteme und Munition zu liefern, die präzisere Angriffe auf wichtige Ziele in der Ukraine ermöglichen würden, sowie weitere Lieferungen moderner Waffen wie Javelin, Stinger-Flugabwehrraketen, Drohnen und Mi-17-Hubschrauber. Gleichzeitig betonte Biden, dass Washington weder US-Truppen in die Ukraine entsenden noch den Befehl erteilen werde, russische Truppen anzugreifen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62974cf3b480cc02bb406ec4.jpg>

21:58 de.rt.com: **Reichweite bis Russland möglich: USA liefern doch moderne Raketensysteme an Ukraine**

Nun liefern die USA doch moderne Raketensysteme an Kiew, die auch Ziele in Russland angreifen könnten. Die Ukraine habe zugesichert, mit den Waffen keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Moskau warnt vor einer direkten Konfrontation zwischen den USA und Russland.

Die US-Regierung liefert der Ukraine im Rahmen eines neuen "Sicherheitspakets" moderne

Mehrfachraketenwerfer. Aus dem Weißen Haus hieß es am Dienstagabend, die Ukraine habe zugesichert, mit dem in den USA hergestellten Artilleriesystem HIMARS keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen. Das System sei Teil eines Pakets im Wert von 700 Millionen US-Dollar (rund 652 Millionen Euro), das daneben unter anderem Geschosse, Radarsysteme, Panzerabwehrwaffen vom Typ Javelin, Hubschrauber, Fahrzeuge und Ersatzteile beinhalte.

US-Präsident Joe Biden schrieb in einem Gastbeitrag für die New York Times, mit den modernen Raketensystemen solle Kiew in die Lage versetzt werden, "wichtige Ziele auf dem Schlachtfeld in der Ukraine" präziser zu treffen. Biden versicherte zugleich: "Wir wollen keinen Krieg zwischen der NATO und Russland."

Die USA versuchten auch nicht, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu stürzen. Wenn Russland aber "keinen hohen Preis für den Angriff auf die Ukraine bezahlen müsse, könnte das zum Ende der regelbasierten internationalen Ordnung und zu katastrophalen Folgen weltweit führen".

"Solange die Vereinigten Staaten oder unsere Verbündeten nicht angegriffen werden, werden wir uns nicht direkt in diesen Konflikt einmischen, weder durch die Entsendung amerikanischer Truppen in die Ukraine noch durch einen Angriff auf russische Streitkräfte", betonte der US-Präsident. Und weiter:

"Wir ermutigen oder ermöglichen der Ukraine nicht, jenseits ihrer Grenzen zuzuschlagen. Wir wollen den Krieg nicht verlängern, nur um Russland Schmerzen zuzufügen."

Die Amerikaner würden dem ukrainischen Volk aber auch weiterhin beistehen, "weil wir wissen, dass es Freiheit nicht umsonst gibt", schrieb Biden. "Wir wollen eine demokratische, unabhängige, souveräne und wohlhabende Ukraine, die über die Mittel zur Abschreckung und Verteidigung gegen weitere Aggressionen verfügt." Die USA würden mit ihren Partnern weiter an Sanktionen gegen Russland arbeiten.

"Einsatz von Atomwaffen hätte schwerwiegende Folgen"

Biden unterstrich, derzeit gebe es keine Anzeichen dafür, dass Russland die Absicht habe, in der Ukraine Atomwaffen einzusetzen. Die "gelegentliche Rhetorik Russlands, mit dem nuklearen Säbel zu rasseln", sei an sich aber schon gefährlich und unverantwortlich:

"Um es klar zu sagen: Jeder Einsatz von Atomwaffen in diesem Konflikt, egal in welchem Ausmaß, wäre für uns und den Rest der Welt völlig inakzeptabel und hätte schwerwiegende Konsequenzen zur Folge."

Dass die USA die Lieferung des HIMARS-System in Erwägung zogen, hatten US-Medien bereits vergangene Woche gemeldet. Biden hatte aber am Montag für Verwirrung gesorgt, als er sagte, man werde keine Raketensysteme in die Ukraine schicken, die russisches Territorium treffen könnten. Nach Darstellung seiner Sprecherin Karine Jean-Pierre meinte der Präsident, man werde keine Raketen "für den Einsatz außerhalb des Schlachtfelds in der Ukraine" liefern.

Ein hochrangiger US-Regierungsvertreter sagte am Dienstagabend: "Die Ukrainer haben uns versichert, dass sie diese Systeme nicht gegen Ziele auf russischem Gebiet einsetzen werden."

Die USA würden mit dem HIMARS-System Geschosse liefern, die nur eine Reichweite von rund 80 Kilometern hätten – spezialisierte Raketen zur Verwendung in dem System können dagegen bis zu 300 Kilometer weit fliegen. Der Sender CNN hatte von Befürchtungen in der US-Regierung berichtet, dass ukrainische Angriffe auf russisches Gebiet Vergeltungsmaßnahme gegen die USA zur Folge haben könnten.

Der Regierungsvertreter sagte bei einer Telefonschleife mit Journalisten, seit Mitte April hätten die Ukrainer auf die Lieferung von Artillerie gedrängt. Das sei für die USA zur "obersten Mission" geworden. Von 108 zugesagten amerikanischen Haubitzen vom Typ M777 seien fast alle bereits geliefert worden. Die Reichweite dieser Haubitzen wird mit rund 25 Kilometern angegeben. Die US-Regierung hat schon mehrere große Pakete zur Unterstützung der Ukraine auf den Weg gebracht. Erst kürzlich hatte der US-Kongress ein Hilfspaket für die Ukraine mit

einem Volumen von fast 40 Milliarden Dollar beschlossen.

Warnung vor direkten Konfrontation zwischen Russland und USA

Moskau kritisierte die Entscheidung der USA. Washingtons fortschreitende Aufrüstung der Ukraine mit schwereren Waffen erhöhe das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen den USA und Russland, erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow am Mittwoch. Rjabkow sagte vor Journalisten:

"Jegliche Waffenlieferungen, die fortgesetzt werden und eskalieren, erhöhen das Risiko einer solchen Entwicklung."

Der Diplomat fügte hinzu, dass die USA jahrelang nichts dafür getan hätten, um eine Eskalation der Spannungen mit Russland wegen der Ukraine zu verhindern. Die USA hätten Moskaus letzte Versuche, ein rechtsverbindliches Abkommen auszuhandeln, das den russischen Bedenken gegen die NATO-Erweiterung in Europa Rechnung getragen hätte, blockiert. Nach dem Ausbruch der offenen Feindseligkeiten im Februar seien "die Reste einer gesunden Einstellung zu dieser Situation zerbrochen". Rjabkow ergänzte:

"[Washington] hält an seinem Kurs fest, den wir schon oft als Absicht bezeichnet haben, einen Krieg bis zum letzten Ukrainer zu führen, der das Ziel widerspiegelt, Russland - wie sie selbst sagen - eine strategische Niederlage zuzufügen. Das ist beispiellos. Das ist gefährlich."

Die jüngste Aufstockung der Waffenlieferungen an die Ukraine ändere die Situation nicht grundlegend, sondern erhöhe nur die Risiken, so der Politiker weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62975409b480cc042236a0fa.jpg>

US-amerikanisches M142 High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS) während der Militärübung "African Lion" in der Region Grier Labouihi im Südosten Marokkos, 9. Juni 2021

22:00 de.rt.com: Russland leitet Strafverfahren gegen mehr als 70 ausländische Söldner der Ukraine ein

Russlands Ermittlungskomitee hat Strafverfahren gegen mehr als 70 Söldner eingeleitet, die an den Kämpfen auf Seiten der Ukraine teilnahmen. Dies verkündete der Vorsitzende der Behörde Alexander Bastrykin. In einem Interview für die Zeitung Rossijskaja Gaseta sagte er: "Gegen über 70 Personen wurden Strafverfahren wegen Söldnertum eingeleitet. Einige von ihnen haben sich bereits ergeben und wurden von Ermittlern befragt."

Bastrykin erklärte, dass diese Söldner aus den USA, Kanada, Großbritannien, Norwegen, Georgien und anderen Ländern stammen würden. Unter anderem seien die Namen von mindestens 24 Angehörigen der sogenannten georgischen Nationallegion festgehalten worden. Die Einheit wurde früher bereits in Russland als extremistisch eingestuft.

22:30 de.rt.com: US-Raketenwerfer für die Ukraine im Rahmen eines Pakets über 700 Millionen US-Dollar offiziell gebilligt

Der Präsident der Vereinigten Staaten Joe Biden hat eine weitere Waffenlieferung für die Ukraine offiziell angekündigt. Eine entsprechende Erklärung wurde auf der Webseite des

Weißes Haus [veröffentlicht](#). Der Gesamtwert des Hilfspakets wurde von der Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf US-amerikanische Medien auf 700 Millionen US-Dollar geschätzt.

Wie aus der Erklärung des Weißen Hauses hervorgeht, soll die Lieferung im Rahmen der "rechtzeitigen und kritischen Hilfe an das ukrainische Militär" unter anderem Mehrfachraketenwerfer-Systeme vom Typ [HIMARS](#) mit großer Reichweite und dafür geeignete Munition umfassen. Dabei hoffe man in Washington, dass die Ukraine die Raketenwerfer nicht gegen russisches Staatsgebiet einsetzen werde, wie ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums TASS zufolge erklärte. Was die USA im Fall einer Verletzung dieses Versprechens unternehmen würden, gab er nicht an.

Indessen hat der Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow bereits verkündet, dass Moskau den Zusicherungen Selenskijs, wonach russisches Staatsgebiet nicht angegriffen werden soll, keinen Glauben schenke. Nach Angaben von TASS sagte Peskow:

"Um dem vertrauen zu können, muss man nur erlebt haben, wie Versprechen eingehalten wurden. Leider haben wir diese Erfahrung überhaupt nicht gemacht."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6297b578b480cc53b165c5f3.jpg>
g

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Kreml: US-Waffenlieferungen an Kiew "gießen nur Öl ins Feuer"**

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, hat gesagt, dass die Lieferung von US-Mehrfachraketenwerfern an Kiew nicht zur Wiederaufnahme der Friedensgespräche beitragen werde. Nach seinen Worten gießen die USA absichtlich Öl ins Feuer.

Mögliche Lieferungen von US-Mehrfachraketenwerfern an Kiew sind der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen nicht förderlich. Dies hat der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow erklärt. Er sagte:

"Wir sind der Meinung, dass die USA absichtlich und fleißig Öl ins Feuer gießen. Die USA halten offensichtlich an der Linie des Kampfes gegen Russland bis zum letzten Ukrainer fest." Peskow erklärte, die US-Waffenlieferungen hätten nicht dazu beigetragen, den Willen der ukrainischen Führung zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zu wecken. Ihm zufolge steht Moskau den US-Plänen negativ gegenüber. Auf die Frage von Journalisten, was Russland tun würde, wenn Kiew solche Waffen erhalten würde, schlug Peskow vor, "nicht über die schlimmsten Szenarien zu sprechen".

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskiy betont, die Ukraine fordere die

Lieferung von Langstreckenwaffen zu Verteidigungszwecken und nicht zum Angriff auf russische Ziele. Zu den Äußerungen Selenskij sagte Peskow, dass Moskau diesen Versprechungen keinen Glauben schenke. Er stellte fest:

"Um vertrauenswürdig zu sein, müssen Sie Erfahrung mit Fällen haben, in denen Versprechen eingehalten wurden. Leider fehlt eine solche Erfahrung völlig."

"Im Gegenteil, der gesamte Verlauf der Ereignisse bestätigt, dass das große Wahlversprechen von Präsident Selenskij, den Krieg im Südosten der Ukraine ein für alle Mal zu beenden, nicht eingehalten wurde. Und die Minsker Vereinbarungen wurden nicht umgesetzt, sie sind in Vergessenheit geraten, und das ist alles die Schuld der ukrainischen Seite."

Kurz darauf hat ein hochrangiger Vertreter der Regierung von US-Präsident Joe Biden erklärt, die Ukraine werde das Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystem HIMARS erhalten, wie Reuters berichtete. Ihm zufolge werden die Systeme von den Ukrainern eingesetzt, um russische Angriffe auf ukrainisches Gebiet abzuwehren.

Am 30. Mai konkretisierte Joe Biden vor Journalisten, dass die USA der Ukraine keine Raketensysteme liefern würden, die das russische Hoheitsgebiet erreichen könnten. Nach den Worten des US-Präsidenten berichtete die Zeitung The Washington Post unter Berufung auf einen hochrangigen Beamten, die US-Regierung schließe die Lieferung von Mehrfachraketen an die Ukraine nicht aus, die Lieferung von Langstreckenraketen werde jedoch nicht in Betracht gezogen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62977092b480cc0340649d42.jpg>

7:00 de.rt.com: **Peskow: Kein Kontakt zwischen Kreml dem Weißen Haus**

Derzeit gibt es praktisch keinen Kontakt zwischen dem Kreml und der US-Regierung. Das verkündete Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, gegenüber RIA Nowosti. Auf eine entsprechende Frage antwortete er:

"Man kann schon sagen, dass es jetzt keinen Kontakt mehr gibt. Alle Kontakte sind praktisch nicht mehr vorhanden."

Zuvor hatte der Sondergesandte des russischen Außenministeriums Grigori Maschkow Reportern erklärt, dass die Möglichkeit, in allen multilateralen Strukturen Kompromisse mit den USA zu erzielen, nach dem 24. Februar aufgrund der Haltung der USA und ihrer Verbündeten auf ein Minimum reduziert worden sei.

7:22 de.rt.com: IAEA-Bericht: **Iran verfügt über viel mehr angereichertes Uran als vereinbart**

Laut dem jüngsten IAEA-Bericht verfügt Iran über viel mehr angereichertes Uran als erlaubt. Die iranische Regierung soll zudem eine Untersuchung von Uran-Spuren weiterhin blockieren. Als Reaktion auf den jüngsten Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) erklärte das Außenministerium in Teheran, dass der Bericht über die iranischen

Bestände an angereichertem Uran "unfair" sei.

Iran soll genug Uran angereichert haben, um nach weiteren Schritten daraus eine "Bombe" herstellen zu können, meldeten die westlichen [Medien](#) in den vergangenen Tagen. Teheran verfügt nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über 18-mal mehr angereichertes Uran als im internationalen Atomabkommen von 2015 vereinbart. Laut dem jüngsten IAEA-Bericht befinden sich in den Beständen des Landes etwas über 43 Kilogramm des Stoffes mit einem Anreicherungsgrad von 60 Prozent.

Die IAEA berichtet zudem, dass die iranische Regierung eine Untersuchung von Uran-Spuren weiter blockiert, die Inspektoren der Behörde an mehreren Orten entnommen hatten. Iran habe Fragen zu diesen vergangenen Aktivitäten nicht plausibel beantwortet, schreibt IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi. Die Atomenergiebehörde könne insofern nicht definitiv ausschließen, dass Iran nicht doch ein geheimes Atomprogramm betrieben hat, das nicht zivilen, sondern militärischen Zielen diene.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Chatibsadeh, [erklärte](#) als Reaktion auf den jüngsten Bericht der IAEA, dass dieser Bericht über die iranischen Bestände an angereichertem Uran "nicht fair sei" und nicht die Wahrheit über die Gespräche zwischen Iran und der Agentur widerspiegele. Chatibsadeh sagte, nachdem im März eine Einigung zwischen Teheran und der Atomenergiebehörde erzielt worden sei, habe Iran bei mehreren Treffen mit IAEA-Funktionären schriftliche Antworten auf die von der Behörde gestellten Fragen gegeben.

Elemente wie "das israelische Regime" hätten jedoch immer wieder versucht, mit Initiativen in die Verhandlungsprozesse einzugreifen, um "die IAEA zu missbrauchen oder auszuspionieren bzw. Dokumente zu sabotieren und zu fälschen", fügte er hinzu. Israel hatte Iran vor kurzem beschuldigt, die Welt in Bezug auf die nuklearen Aktivitäten Teherans belogen zu haben.

Ein Beamter, der der IAEA nahesteht, sagte gegenüber dem Wall Street Journal ([WSJ](#)), dass der iranische Vorrat an auf 60 Prozent angereichertem Uran sich nun einer signifikanten Hürde bei der Herstellung von atomwaffentauglichem Material nähere. Iran habe zudem die Installation von fortschrittlichen Zentrifugen zur Urananreicherung beschleunigt. Das stelle die Wiederbelebung des Atomabkommens vor Herausforderungen, hieß es weiter. Im Rahmen des Abkommens von 2015 war es Iran lediglich erlaubt, Maschinen der ersten Generation zur Anreicherung von Uran zu verwenden. Diese Vereinbarung war ein wesentlicher Teil der in dem Abkommen festgelegten Bedingungen. Denn so sollte sichergestellt werden, dass die Zeit, die Iran benötigt, um ausreichend waffenfähiges Uran für den Bau einer einzelnen Atombombe produzieren zu können (Englisch: "breakout time"), zwölf Monate betragen würde.

Das internationale Atomabkommen von 2015 sicherte Iran die Aufhebung von Sanktionen zu. Im Gegenzug dafür sollte Teheran sein Atomprogramm einschränken. Die USA stiegen unter dem früheren Präsidenten Donald Trump jedoch 2018 einseitig aus dem Abkommen aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6297496a48fbef3b5a3204ed.jpg>

7:35 de.rt.com: **Krim: Ukrainische Lebensmittelblockade der Halbinsel gehört der Vergangenheit an**

Kiews Lebensmittelblockade der Krim gehöre der Vergangenheit an und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den befreiten Gebieten Cherson und Saporoschje würden wiederhergestellt, [erklärte](#) der informationspolitische Berater des Oberhauptes der Krim Oleg Krjutschkow gegenüber RIA Nowosti. Er erklärte:

"Die Befreiung der Gebiete Cherson und Saporoschje beendete die Nahrungsmittelblockade der Ukraine gegen die Krim. Sie gehört für immer der Vergangenheit an. Die Krim und die befreiten Gebiete sind aktiv dabei, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wiederherzustellen, die durch die Handlungen der ukrainischen Nationalisten verloren gegangen sind."

Krjutschkow zufolge hätten die Lieferungen von Obst und Gemüse aus den Gebieten Cherson und Saporoschje an die Krim die Preise auf der Halbinsel deutlich gesenkt.

Die Lieferung von Waren und Lebensmitteln aus dem ukrainischen Gebiet Cherson an die Krim wurde 2015 blockiert. Mitte Januar 2016 war die Blockade offiziell in Kraft getreten. Als Reaktion darauf richtete die Krim in kurzer Zeit alle Geschäfts- und Logistikverbindungen auf das russische Festland aus.

kprf.ru: **G.A. Sjaganow: Die Vernichtung von Städten und Einwohnern des Donbass ist eine barbarische Strategie Selenskis und seiner westlichen Puppenspieler**

Vor kurzem geriet Donezk unter den schwersten Beschuss seit acht Jahren. Erneut wurden Dutzende von Bürgern, darunter auch Frauen und Kinder, getötet und verletzt, und es kam zu großen Zerstörungen. Erneut wurde nicht auf militärische Objekte geschossen, sondern auf Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser.

Die Beschüsse friedlicher Städte ist ein Kriegsverbrechen. Die Verantwortung für diese Verbrechen liegt nicht nur bei den Tätern aus den ukrainischen Streitkräften, sondern auch bei der Führung der Ukraine, die solche Verbrechen billigt. Das ist zynischer Staatsterrorismus. Der Beschuss von Städten des Donbass erfolgt unter Einsatz von amerikanischen Langstreckenhaubitzen vom Typ M777. Auf diese Weise wird die Regierung der USA ein weiteres Mal zum Sponsor des internationalen Banditentums.

Die unmenschliche Zerstörung von Städten ist eine bewusste Politik der Bandera-Junta. Selbst beim Rückzug unter dem Ansturm der russischen Armee beschießen die ukrainischen Streitkräfte und die Nazi-Bataillone weiterhin Wohngebiete des Donbass mit schweren Waffen. Dies ist die gleiche Taktik der verbrannten Erde, die die deutschen Faschisten beim Rückzug aus den besetzten Gebieten der UdSSR anwandten. Genauso barbarisch verhielten sich die Amerikaner in Vietnam, im Irak und in anderen von ihnen besetzten Ländern. Die neonazistischen Bandera-Aktivisten wissen, dass sie den Donbass nicht halten können, und zerstören deshalb gnadenlos dessen Städte, Ortschaften und Werke.

Nach wie vor wird die niederträchtige Taktik, Zivilisten als „lebende Schutzschilde“ zu nutzen, eingesetzt. Die Truppen des Neonazi-Regimes erteilen offiziell Anweisungen, nach denen Feuerpositionen in mehrstöckigen Wohnblocks eingerichtet werden sollen. Dabei müssen schwere Waffen im Erdgeschoss platziert werden, im zweiten und dritten Stockwerk müssen sich die Bewohner des Hauses aufhalten, während Scharfschützen, Mörserschützen, Mannschaften von Flugabwehrsystemen und Panzerabwehrwaffen im vierten und den folgenden Stockwerken platziert werden müssen. Solche Aktionen führen zur Zerstörung von Wohnhäusern und zum Tod friedlicher Menschen. Dies ist ein ungeheuerlicher Verstoß gegen die allgemein anerkannten Normen und Gebräuche der Kriegsführung.

Aber die Haltung der Bandera-Junta gegenüber ihrer eigenen Armee ist nicht besser. Selenskij verbietet den Rückzug von Truppen, selbst wenn die operative Situation dies erfordert. Solche Entscheidungen führen zu einem starken Anstieg der Verluste an Personal. So geschah es in

Mariupol, wo das Verbot eines Abzugs zu sinnlosen Opfern bei den ukrainischen Streitkräfte und den nationalistischen Bataillonen führte. So geschieht es jetzt in Sewerodonezk und Lissitschansk, wo die nachdrücklichen Bitten des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, die Truppen aus dem „Kessel“ abzuziehen, von Selenskij strikt abgelehnt werden.

Eilig gebildete Truppenteile der Territorialverteidigung werden in den Kampf geworfen. Die Soldaten, die gerade erst im Rahmen der Mobilisierung in die Armee eingezogen wurden, haben keine Waffen und sind oft aus gesundheitlichen Gründen kampfunfähig. Für die Bandera-Regierung sind sie Verbrauchsmaterial, einfach „Kanonenfutter“.

Selenskij und sein Team verschleiern nicht nur das Ausmaß der Verluste, sondern stufen die toten Soldaten und Offiziere auch massiv als „vermisst“ ein. In diesem Fall sind Kompensationszahlungen und andere Formen der materiellen Unterstützung an die Familien der Toten nicht erforderlich. Gleichzeitig verbietet die Regierung den Familien der Soldaten, gerade diese „Vermissten“ zu suchen.

Hin und wieder bleiben die Leichen von Dutzenden von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf dem Kampffeld liegen. Aber die Bandera-Regierung weigert sich sogar sie zu holen. Allein in „Asowstal“ wurden die Leichen von 152 Soldaten gefunden, die auf Befehl der Bandera-Banden vermint worden waren. Die Explosion der Minen hätte zu ihrer Vernicht geführt. Das ist der Gipfel des Zynismus und das völlige Fehlen eines grundlegenden Verantwortungsbewusstseins.

Es ist völlig offensichtlich, dass die Kämpfe nicht wirklich von Selenskij geleitet werden, sondern von Beratern aus den USA und Großbritannien, die eine blutige Spur auf dem ganzen Planeten hinterlassen haben und denen das Leben der ukrainischen Soldaten völlig gleichgültig ist. Es ist kein Zufall, dass die ukrainische Streitkräfte zu riskanten Unternehmen wie den Versuch, die Insel Smeinyj einzunehmen, gedrängt werden, der zu enormen Verlusten führte.

Die USA und Großbritannien erklären offen, dass sie daran interessiert sind, die Kampfhandlungen in der Ukraine so weit wie möglich zu verzögern. Selenskij und sein Team sind ein blutiges Marionettenregime, das bereit ist, alle Pläne seiner westlichen Herren auszuführen. Diese NATO-Söldner sind bereit, bis zum letzten ukrainischen Soldaten gegen Russland zu kämpfen.

Die KPRF wendet sich an die internationale Gemeinschaft mit dem Aufruf, die barbarische Taktik des Bandera-Regimes in der Ukraine zu verurteilen, das zum massenhaften Tod friedlicher Einwohner und zur Zerstörung von Städten und Ortschaften führt. Wir verurteilen die Strategie des Westens, die darauf abzielt, den Konflikt in der Ukraine zu verschärfen, entschieden. Zu ihren Absichten gehört auch die wirtschaftliche Destabilisierung nicht nur Russlands, sondern auch Europas, und vor allem die Verstärkung der Konfrontation mit China. Die Erklärung Bidens, er sei bereit gegen VR China zu kämpfen, ist eine höchst gefährliche Erscheinung des aggressiven Globalismus.

Wir rufen die fortschrittlichen Kräfte des gesamten Planeten auf, sich zusammenzuschließen, um die Pläne des amerikanischen Imperialismus, den Konflikt in der Ukraine zu nutzen, um seine Herrschaft über unseren Planeten aufrechtzuerhalten und den Neokolonialismus wiederzubeleben, abzuwehren.

Der Vorsitzende des ZK der KPRF

G.A. Sjuganow

8:00 de.rt.com: **Washington: Russland wird im neuen NATO-Konzept als Hauptbedrohung eingestuft**

Die NATO beabsichtigt, Russland in ihrem neuen strategischen Konzept zur Hauptbedrohung für die Allianz zu erklären. Dies verkündete die Ständige Vertreterin der USA bei der NATO Julianne Smith am Mittwoch bei einem Treffen mit der Defense Writers Group in Washington. Sie sagte laut TASS:

"Die Entwicklung des strategischen Konzepts ist noch nicht abgeschlossen. Ich denke jedoch, wir sind uns weitgehend einig, dass Russland die größte Herausforderung und die größte Bedrohung für die NATO darstellt."

Ihr zufolge "ist dies die oberste Priorität der NATO und wird dies auch in absehbarer Zukunft bleiben". Smith fügte hinzu:

"Sie werden also sehen, dass Dinge wie Abschreckung und Verteidigung und die Schritte, die das Bündnis zu unternehmen bereit ist, um sich selbst zu stärken, einen großen Stellenwert haben werden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62983c5748fbef4fb448b2e3.jpg>

8:06 de.rt.com: **Mehr schwere Waffen: Scholz verspricht Ukraine Mehrfachraketen- und Flugabwehrsysteme**

Deutschland will der Ukraine weitere schwere Waffen liefern. Das kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch im Bundestag an. Neben dem Flugabwehrsystem IRIS-T soll die Ukraine zudem auch weitreichende Artillerieraketen-Systeme erhalten.

Nach den USA möchte nun offenbar auch Deutschland mehrere Mehrfachraketenwerfer an die Ukraine liefern. Das berichtet die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf Regierungskreise. Das geschehe in enger Abstimmung mit den USA, die auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten an den Systemen übernehmen würden. Die aus Bundeswehrbeständen stammenden weitreichenden Artillerieraketen-Systeme, die mit entsprechender Munition auch Ziele in 300 km Entfernung treffen können, sollen den ukrainischen Streitkräften im Laufe des Monats bereit gestellt werden.

Die US-Regierung hatte in der Nacht mitgeteilt, der Ukraine das in den USA hergestellte Artilleriesystem HIMARS zur Verteidigung gegen Russland zu liefern. Die Ukraine habe zugesichert, mit dem in den USA hergestellten Artilleriesystem HIMARS keine Ziele auf russischem Territorium anzugreifen, entgegnete das Weiße Haus auf Bedenken, dass die Entsendung des Mittelstrecken-Raketensystems von Russland als Provokation aufgefasst werden könne, die Vergeltungsmaßnahmen Moskaus gegen die USA nach sich ziehen könnte. Am Morgen hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zudem die Lieferung eines modernen Flugabwehrsystems an die Ukraine angekündigt. Mit dem System Iris-T (Infra Red Imaging System Tail/Thrust Vector Controlled) liefere die Bundesregierung der Ukraine das "modernste" Flugabwehrsystem, "über das Deutschland verfügt", versprach Scholz im Bundestag. Die von Diehl BGT Defence ursprünglich als sogenannte Luft-Luft-Flugkörper für den Kampfjet Eurofighter entwickelten Raketen haben je nach Ausführung eine Reichweite von mehr als 20 Kilometern und können somit auch Flugzeuge oder Marschflugkörper erreichen, die in großer Höhe unterwegs sind.

Damit versetze man die Ukraine in die Lage, eine "ganze Großstadt" vor russischen Luftangriffen zu schützen, so Scholz. Darüber hinaus werde Deutschland der Ukraine "ein

hochmodernes Ortungsradar liefern", sagte der SPD-Politiker. Vorwürfe der Opposition, wonach Deutschland bei der Lieferung schwerer Waffen zu zögerlich sei, wies der Kanzler mit Verweis auf die geplante Abgabe von Gepard-Flugabwehrpanzern und der Panzerhaubitze 2000 zurück. Zudem habe Deutschland bereits mehr als 15 Millionen Schuss Munition, Hunderttausende Handgranaten und 5.000 Panzerabwehrminen an die Ukraine geliefert, betonte er. Hinzu kämen umfangreiches Sprengmaterial, Maschinengewehre und Dutzende Lastwagenladungen mit Material zur Drohnenabwehr.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hatte der Bundesregierung zu Beginn der Generaldebatte über den Bundeshaushalt am Mittwoch mangelnde Unterstützung der Ukraine vorgeworfen. Wenn man sich in der Europäischen Union umhöre, so Merz, gebe es mittlerweile nur noch Verstimmungen, Enttäuschungen und "richtig Verärgerung" über die Rolle Deutschlands.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629771c548fbef402a57014f.jpg>

8:30 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: USA schaffen Allianzen zur Vorbereitung auf künftige Konflikte**

Die Vereinigten Staaten schaffen neue regionale Allianzen, um sich auf künftige Konflikte vorzubereiten. Russland werde sich dem mit allen Mitteln widersetzen. Das [erklärte](#) der russische Botschafter für Sonderaufgaben Grigori Maschkow am Mittwoch Journalisten. Der Diplomat nimmt an den Arbeiten des UN-Ausschusses für die Nichtverbreitung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen teil. Er stellte fest:

"Jetzt weben die USA auf verschiedenen regionalen Ebenen Allianzen, die den gleichen Schwerpunkt haben wie alles andere, was in der Welt passiert. Die Schaffung eines Systems globaler Dominanz, AUKUS, die Allianzen mit Japan und Südkorea – all dies sind regionale Pläne zur Lösung ihrer globalen Aufgaben. Schauen Sie sich all die Länder an, mit denen sie verbündet sind – sie alle haben ihre Stimme verloren."

"Die Europäer haben alles getan, um ihre eigene regionale Sicherheit zu zerstören."

Alles, was die USA heute tun würden, sei eine Vorbereitung auf zukünftige Konfliktsituationen, betonte der Sonderbeauftragte des russischen Außenministeriums. Es gehe um den Nahen Osten, die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen, die Ausrichtung auf Asien und die Bildung von Bündnissen gegen China.

Er betonte, dass sich Russland "auf jede erdenkliche Weise dagegen wehren wird":

"Wir werden den Amerikanern nicht dabei helfen, die Probleme der Vorherrschaft in der Welt zu lösen. Wir verteidigen unsere nationalen Interessen. Diese werden wir diplomatisch verteidigen."

8:45 de.rt.com: **Medienbericht: Polen schraubt finanzielle Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge zurück**

Die Mehrheit der ukrainischen Flüchtlinge in Polen wird ihr Tagegeld verlieren, berichtet die Tageszeitung Rzeczpospolita unter Berufung auf eine Erklärung von Paweł Szefernaker, dem

stellvertretenden Leiter des polnischen Ministeriums für Inneres und Verwaltung und Regierungsbeauftragten für Flüchtlinge.

Die Entscheidung tritt am 1. Juli in Kraft. Die Beihilfe werde weiterhin nur denjenigen gezahlt, die sie benötigen. Es handelt sich dabei um Menschen mit Behinderungen sowie um schwangere Frauen und Frauen mit mehreren Kindern.

Wie aus der Erklärung hervorgeht, wollen die Behörden Flüchtlinge dazu ermutigen, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Rzeczpospolita zitierte den polnischen Professor Piotr Długosz:

"Diese Entscheidung zeigt in gewisser Weise, dass die Unterstützung zu Ende geht und es an der Zeit ist, in die Ukraine zurückzukehren."

Zuvor hatte Polens Regierungschef Andrzej Duda beklagt, dass Warschau und Budapest die Flüchtlingsströme ohne Hilfe der EU bewältigen müssten. Berichten zufolge sollen bis Mitte Mai seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine mehr als drei Millionen Ukrainer nach Polen gekommen sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62984e8cb480cc4581218a44.jpg>

9:10 de.rt.com: Sacharowa: Westen sucht nach Gründen, um Waffenlieferungen an Kiew zu rechtfertigen

Der Westen versucht, Gründe zu finden, um Waffenlieferungen an Kiew und sein Vorgehen gegen Russland zu rechtfertigen. Darauf wies die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einer Sendung bei Solowjow Live hin. Sie erklärte: "Sie machen immer wieder Vorbehalte geltend, dass sie der Ukraine Waffen zu diesen und jenen Bedingungen liefern. Sie halten sich auf die eine oder andere Weise zurück oder tun zumindest so, als ob sie sich an die Regeln halten. Diesen Teil haben sie noch nicht aufgegeben, nicht abgelegt, sie suchen wirklich noch nach Gründen für eine Erklärung, denn ohne eine Erklärung werden sie selbst zu einem Staat, der an allen Fronten Aggressionen begeht."

Laut Sacharowa versuchen westliche Länder, ihre Politik vor dem heimischen Publikum zu begründen und ihr Handeln zu rechtfertigen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298517548fbef4f8a1c03f0.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 2.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner etwa 480 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, 155mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 17, darunter ein Kind, wurden verletzt**. 32 Wohnhäuser, 7 Fahrzeuge und 19 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Im Ergebnis gemeinsamer Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurde ein **Angriff des Gegners im Gebiet von Sladkoje aus Richtung Nowomichajlowka abgewehrt**. Unsere Soldaten haben einen Schützenpanzer und 15 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden zwei Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Marjinka unterdrückt. Der Feind zog ab und erlitt erhebliche Verluste.

9:50 de.rt.com: **Medienbericht: USA wollen Gray-Eagle-Drohnen an die Ukraine verkaufen**

Die US-Regierung plant den Verkauf von vier [MQ-1C Gray Eagle](#)-Drohnen, die mit Hellfire-Raketen ausgestattet werden können, an die Ukraine. Das [berichtet](#) Reuters unter Berufung auf Quellen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur könnte der Verkauf der von General Atomics hergestellten Drohnen durch den US-Kongress blockiert werden. Ein Plan für das Geschäft wird den Quellen zufolge "seit mehreren Wochen im Pentagon geprüft".

Die Gesprächspartner der Nachrichtenagentur fügten hinzu, dass ein Teil des 40-Milliarden-US-Dollar-Hilfspakets, das zuvor für die Ukraine verabschiedet worden war, möglicherweise für die Finanzierung des Verkaufs der Drohnen sowie für die Schulung des ukrainischen Militärs im Umgang damit verwendet werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298598a48fbef4f8a1c03f8.jpg>

10:15 de.rt.com: **Polen überholt Ukraine als russenfeindlichste Nation der Welt**

Eine weltweite [Umfrage](#) der polnischen Zeitschrift Myśl Polska hat ergeben, dass Polen zum russenfeindlichsten Land der Welt geworden ist. Die Ergebnisse der Umfrage wurden auf der Webseite des polnischen Medienhauses veröffentlicht.

In der Veröffentlichung heißt es, dass die Umfrage in 52 Ländern in Asien, Nord- und Lateinamerika sowie in Europa durchgeführt wurde. Der Umfrage zufolge hat Polen die Ukraine in Sachen Russenfeindlichkeit überholt. Rund 87 Prozent der Befragten äußerten eine negative Einstellung zu Russland und machen Polen somit zur russophobsten Nation der Welt. Initiiert wurde die Umfrage von der Stiftung Alliance of Democracies. Gründer der Institution war der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Die Einrichtung steht im Ruf, eine Propagandaorganisation zu sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298595048fbef7961311fe0.jpg>

10:34 de.rt.com: **Russland beginnt mit Herstellung von Ausrüstung für Ägyptens erstes Kernkraftwerk**

Die Produktion der Ausstattung für Ägyptens erstes Kernkraftwerk Ed-Dabaa hat in Russland begonnen. Der offizielle Baubeginn in Ägypten ist für die erste Julihälfte geplant. Das Kernkraftwerk soll an den Ufern des Mittelmeers entstehen.

In Sankt Petersburg wurde mit der Produktion der Ausrüstung für Ägyptens erstes Kernkraftwerk Ed-Dabaa feierlich begonnen. Dies teilte der Pressedienst des russischen Staatskonzerns Rosatom am Mittwoch mit. Ein Vertreter des Unternehmens erklärte in diesem Zusammenhang:

"Im Werk Kolpin, das im Auftrag von Rosatom verschiedene Ausrüstung für Kernkraftwerke herstellt, wurde der Startschuss für die Produktion von Rohlingen für den Reaktorbehälter von Block 1 des ägyptischen Kernkraftwerks Ed-Dabaa gegeben."

Die Zeremonie fand in Anwesenheit einer ägyptischen Delegation unter der Leitung des Vorsitzenden der ägyptischen Behörde für Kernkraftwerke (kurz NPPA), Amged El-Wakeel, statt. Der Delegation gehörten auch Sami Atallah, Vorsitzender der ägyptischen Behörde für Nuklear- und Strahlungskontrolle, sowie Mohamed Ramadan, stellvertretender Vorsitzender der NPPA, an.

Laut dem ersten stellvertretenden Generaldirektor für Kernenergie von Rosatom, Alexander Lokschin, laufe alles nach Plan. Lokschin erläuterte, dass der offizielle Baubeginn in Ägypten für die erste Julihälfte geplant sei:

"Der offizielle Termin ist der 11. Juli. Vielleicht einen Tag früher oder einen Tag später. Nach dem Plan – am 11. Juli."

In Bezug auf die Sicherheit der im Ed-Dabaa-Projekt verwendeten Reaktortechnologie versicherte Lokschin, dass diese "alle möglichen und, man könnte sagen, unmöglichen Situationen berücksichtigt, einschließlich einer solchen wie bei den Ereignissen in Fukushima". Er fügte hinzu:

"Was die Sicherheit betrifft, so glaube ich, dass dieses Projekt seinesgleichen sucht."

Amged El-Wakeel kündigte wiederum an, dass Rosatom im dritten Quartal 2022 die Lizenz für den Bau des Kernkraftwerks in Ägypten erhalten könne. Nach seinen Worten werde derzeit intensiv mit der Aufsichtsbehörde zusammengearbeitet, um alle Beanstandungen zu beseitigen:

"Wir arbeiten Tag und Nacht an der zügigen Erledigung der Aufgaben vor Ort und an der Erteilung der Genehmigungen. Die Baustelle befindet sich jetzt in der Vorbereitungsphase für den 'ersten Beton'."

Das AKW Ed-Dabaa ist das erste Kernkraftwerk in Ägypten, das an der Mittelmeerküste, etwa 300 Kilometer nordwestlich von Kairo, gebaut wird. Im November 2015 war zwischen Moskau und Kairo ein Abkommen über den Bau eines Kernkraftwerks in Ägypten unterzeichnet worden. Das Kraftwerk wird aus vier Blöcken mit Atomreaktoren russischer Bauart vom Typ VVER-1200 mit einer installierten Gesamtleistung von 4.800 MW der Generation 3+ bestehen. Damit ist Ägypten das einzige Land in der Region mit Reaktoren der Generation 3+.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62977a2448fbef39cc4167a5.jpg>

10:35 de.rt.com: **Russland: Mehr als 1,6 Millionen Menschen aus der Ukraine und dem Donbass eingereist**

Mehr als 1,6 Millionen Menschen aus der Ukraine und dem Donbass haben die Grenze zu Russland überquert. Das teilte eine Quelle in den russischen Sicherheitsbehörden der Nachrichtenagentur [TASS](#) mit. Unter diesen Menschen sollen fast 263.000 Kinder sein. Die meisten derjenigen, die die Grenze überschritten haben, seien Bürger der DVR und der LVR. Fast 33.000 Menschen, darunter 11.000 Kinder, halten sich in Russland in 559

temporären Unterbringungszentren auf, die übrigen seien bei Verwandten und privat untergebracht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298614a48fbef548e3b27a8.jpg>

11:00 de.rt.com: **Verteidigungsministerium: Russisches S-300 zerstören ukrainische Bayraktar TB2-Angriffsdrohnen**

Ein Boden-Luft-Raketensystem S-300PM2 Favorit der russischen Streitkräfte hat ukrainische Angriffsdrohnen vom Typ Bayraktar TB2 aufgespürt und zerstört. Dies [teilte](#) das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit.

Das Verteidigungsministerium hob hervor, dass das russische Flugabwehrraketensystem S-300PM2 während der speziellen Militäroperation die Einheiten der russischen Streitkräfte vor Luftangriffen schütze.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 02.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 37 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 34 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Artilleriegeschützen und Mörsern des Kalibers 120mm auf Perwomajsk und Kremennaja abgefeuert.

Dabei starb in Kremennaja ein Zivilist und acht Menschen wurden verletzt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

11:20 de.rt.com: **Duma-Sprecher Wolodin: USA wollen Ukraine in eine Kolonie verwandeln**

Die US-Führung will die Ukraine in eine Kolonie verwandeln, alle Ressourcen aus dem Land herauspressen und sie ausschließlich dazu benutzen, Russland zu schwächen. Dies hat der Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin erklärt. Auf Telegram schrieb er: "Eine unabhängige Ukraine ist von Washington nicht gewollt. Die US-Führung will sie in eine Kolonie verwandeln. Um alle Ressourcen aus dem Land zu pressen und sie ausschließlich zur Schwächung Russlands zu verwenden."

Wolodin fügte hinzu, dass die Länder, die Washington "demokratisch und wohlhabend" machen wolle, ins Chaos gestürzt seien und vor humanitären Katastrophen stünden. Er stellte fest:

"Die ganze Welt hat gesehen, wozu die Demokratie nach US-Vorbild in Libyen, Irak, Afghanistan, Syrien und Jugoslawien geführt hat. Keiner dieser Staaten, die Washington ebenfalls demokratisch und wohlhabend machen wollte, gewann. Ganz im Gegenteil. Die einstmals hoch entwickelten Länder sind in Chaos und Verwüstung versunken, ihre Bürger sind mit einer humanitären Katastrophe konfrontiert. In Afghanistan zum Beispiel starben in den zwanzig Jahren, in denen US-amerikanischen Truppen dort stationiert waren, mehr als 250.000 Zivilisten und die Bevölkerung verarmte."

In den acht Jahren seit dem Staatsstreich, in denen die USA "das Kiewer Regime gelenkt haben", sei die Ukraine ausgeplündert worden, sagte Wolodin:

"Die USA hatten acht Jahre Zeit, um die Ukraine demokratisch, unabhängig, souverän und wohlhabend zu machen, als nach dem Putsch die US-Berater und -Ausbilder das Regime in Kiew tatsächlich leiteten. Doch anstatt das Land zu entwickeln, wurde die Ukraine, die über ein riesiges Potenzial verfügte, ausgeplündert. Unerwünschte Medien wurden geschlossen, unabhängige Journalisten wurden getötet, politische Parteien wurden verboten. Und niemand von der korrupten Regierung hat an das ukrainische Volk gedacht."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629863b9b480cc4d6b750f93.jpg>

11:40 de.rt.com: **Medienbericht: Saudi-Arabien ist bereit, die Ölproduktion zu erhöhen, wenn Russland sie drosselt**

Saudi-Arabien hat den westlichen Ländern signalisiert, dass es bereit ist, die Ölproduktion zu erhöhen, wenn Russland aufgrund der Sanktionen deutlich weniger fördern sollte. Dies berichtete die Financial Times am Donnerstag unter Berufung auf Quellen.

Riad ist der Ansicht, dass es trotz der angespannten Lage auf dem Ölmarkt noch keine echte Knappheit gibt. Sollte jedoch die Ölproduktion in Russland aufgrund der EU-Sanktionen reduziert werden, würde die Wahrscheinlichkeit einer Kraftstoffknappheit steigen.

nachmittags:

12:15 de.rt.com: **Russlands Ermittlungsausschuss überprüft SBU-Beamte und Asow-**

Kämpfer auf Beteiligung an Mordanschlag auf russische Militärangehörige

Das russische Ermittlungskomitee überprüft Informationen über zwei SBU-Offiziere und einen Aktivisten des nationalistischen Regiments Asow wegen Beteiligung an einem Mordanschlag auf russische Soldaten, den die Täter selbst gefilmt und veröffentlicht hatten. Dies teilte der Pressedienst des Untersuchungsausschusses Journalisten am Donnerstag mit. Die Behörde erklärte:

"Der FSB hat Informationen über weitere Personen erhalten, die an dem Verbrechen beteiligt waren. Unter ihnen ist der SBU-Offizier Witalii Posochow. Den Ermittlungen zufolge hat er die Videoaufzeichnung gemacht, in der russischen Soldaten in die Beine geschossen wurde. Er ist auch in Abwesenheit angeklagt worden."

Posochow soll auf die Fahndungsliste gesetzt werden.

"Darüber hinaus wird geprüft, ob Iwan Nikiforow, ein Mitglied des Asow-Regiments, und der Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der Region Charkow Sergei Pschenitschny an diesem Verbrechen beteiligt waren."

12:30 de.rt.com: USA bezeichnen NATO-Position zum Ukraine-Konflikt als unverändert

Die NATO wird sich weiterhin nicht in den Konflikt in der Ukraine einmischen. Dies erklärte die ständige Vertreterin der USA bei der NATO, Julianne Smith.

Ihrer Meinung nach wird sich an dieser Position der NATO nichts ändern, da das Bündnis nicht in den Konflikt verwickelt werden will. Smith sagte, die NATO-Mitgliedstaaten hätten unterschiedliche Ansichten über die derzeitige Situation. Als Hauptgrund für die Uneinigkeit nannte sie, dass die NATO-Mitglieder Kiew mit unterschiedlichen Waffen beliefern wollten. Es gebe konstante Ansichten, die sich nicht geändert hätten, stellte die US-Vertreterin klar. Erstens seien sich die Verbündeten darin einig, dass sie nicht wollen, dass die NATO in den Konflikt verwickelt wird. Zweitens habe US-Präsident Joe Biden wiederholt betont, dass die USA keine Truppen in die Ukraine schicken würden. Smith betonte auch:

"Drittens ist der Präsident entschlossen, der Ukraine zu vermitteln, dass wir nicht in der Lage sind, sie mit Waffen zu unterstützen, die sie in die Lage versetzen, russisches Territorium anzugreifen."

Darüber hinaus erklärte sie, die USA und ihre NATO-Verbündeten würden nicht in Erwägung ziehen, den ukrainischen Streitkräften moderne Kampfflugzeuge wie zum Beispiel F-16-Kampfbomber zur Verfügung zu stellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62987621b480cc479f433c13.jpg>

13:46 (12:46) novorosinform.org: Russland beabsichtigt nicht, Energieressourcen mit Verlust zu verkaufen – Peskow

Wenn die Nachfrage irgendwo sinkt, steigt sie anderswo, und Russland wird nicht zu seinem Nachteil mit Öl handeln. Dies erklärte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen

Föderation Dmitri Peskow.

Er wies darauf hin, dass es nach wie vor logistische Probleme gibt, die zu einer Destabilisierung des globalen Energiemarktes führen:

„In jedem Fall regelt der Markt alles, auch die künstlichen Schwierigkeiten, die durch die Sanktionen ausgelöst werden“, erklärte Peskow.

Zuvor sagte US-Präsident Joe Biden, dass die EU die Idee erörtere, russisches Öl zu einem Preis unter dem Marktpreis zu kaufen.



https://novorosinform.org/content/images/57/21/45721_720x405.jpg

12:50 de.rt.com: **Kadyrow-Stiftung eröffnet Militärkrankenhaus in der Volksrepublik Lugansk**

In der Volksrepublik Lugansk wurde mit Mitteln der regionalen öffentlichen Stiftung [Achmat-Chadschi Kadyrow](#) eine Zweigstelle eines Militärkrankenhauses eröffnet. Dies [teilte](#) das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow auf seinem Telegram-Kanal mit.

Ihm zufolge werde die Eröffnung der neuen Zweigstelle den Ärzten die Notfallversorgung der Verwundeten erheblich erleichtern. Darüber hinaus werde sie die Arbeitsbelastung anderer medizinischer Einheiten in unmittelbarer Nähe der Frontlinien verringern.

Zuvor wurde im befreiten Rubeschnoje ein mit Mitteln der Kadyrow-Stiftung wiederaufgebautes Militärkrankenhaus mit 30 Betten eröffnet.

13:10 de.rt.com: **LVR-Chef Passetschnik: LVR-Kräfte haben alle Siedlungen außer Sewerodonezk und Lissitschansk befreit**

Die Streitkräfte der Volksrepublik Lugansk haben die volle Kontrolle über alle Siedlungen der Republik mit Ausnahme von Sewerodonezk und Lissitschansk. Die Operation zur Befreiung des Gebiets der LVR verläuft planmäßig. Dies hat Leonid Passetschnik, der Vorsitzende der LVR, am Donnerstag mitgeteilt. Er sagte:

"Bis heute sind zwei Siedlungen noch nicht vollständig befreit: Sewerodonezk und Lissitschansk. Die militärische Sonderoperation im Gebiet der Volksrepublik Lugansk verläuft planmäßig. Generell stehen alle Siedlungen auf dem Gebiet der LVR unter der Kontrolle unserer Truppen."

Er sagte auch, dass in den von der LVR kontrollierten Gebieten bereits 13 Verwaltungen eingerichtet worden seien. Passetschnik erklärte:

"Wir haben bereits 13 Verwaltungen in den befreiten Gebieten eingerichtet, darunter Verwaltungen in Kremennaja, Rubeschnoje und Popasnaja."

Etwa 80 Prozent der Rentner in den befreiten LVR-Gebieten erhalten bereits Zahlungen, sagte Passetschnik. Der LVR-Chef betonte:

"Wir zahlen die Renten an fast alle 80 Prozent der von uns überprüften Rentner."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/629883e648fbef548e3b27d0.jpg>

13:30 de.rt.com: **Moskau: Kiew verhindert Ausreise von ausländischen Söldnern, die die Ukraine verlassen wollen**

Eine beträchtliche Anzahl von Söldnern möchte das ukrainische Hoheitsgebiet so schnell wie möglich verlassen, aber Kiew hindert sie daran. Darauf wies Generalmajor Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Donnerstag hin. Er sagte laut [TASS](#):

"Angesichts der realen Kampfsituation und der hohen Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, der Nationalgarde und den Ausländern zieht es eine beträchtliche Anzahl von Söldnern vor, das ukrainische Territorium so schnell wie möglich zu verlassen. Das Kiewer Regime hindert sie jedoch auf jede erdenkliche Weise daran, über die Grenze zu gelangen."

Konaschenkow betonte, dass die dringenden Versuche Kiews, den Söldnern Rechtsschutz zu gewähren, indem sie in die Liste der Militäreinheiten der ukrainischen Streitkräfte oder der Nationalgarde aufgenommen oder ihnen neue ukrainische Pässe ausgestellt werden, keinen von ihnen retten würden. Nach dem humanitären Völkerrecht seien Söldner keine Kombattanten und am Ende warte auf sie bestenfalls eine strafrechtliche Verfolgung, erinnerte der Beamte des russischen Verteidigungsministeriums.

14:39 (13:39) [novorosinform.org](#): **Augenzeugen berichten von einem Großbrand im Bereich der Awdejewker Kokerei**

Riesige Rauchwolken sind mehrere Kilometer Ort des Geschehenst entfernt zu sehen. Bewohner der Frontregionen der DVR melden einen Großbrand in der Kokerei Awdejewka, die von Kämpfern der Streitkräfte der Ukraine kontrolliert wird. Das Foto der brennenden Anlage wurde vom Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“ [veröffentlicht](#).

"Awdejewker Kokereikombinat unter der Kontrolle der Nazis", berichten die Autoren der Veröffentlichung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Streitkräfte der Ukraine kurz vor dem Feuer mit großkalibriger Artillerie die Kokerei Jasinowka in Makejewka beschossen und insgesamt etwa 20 Granaten abgefeuert hätten.



https://novorosinform.org/content/images/57/27/45727_720x405.jpg

13:50 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Hunderte von ausländischen Söldnern in der Ukraine mit Präzisionswaffen vernichtet**

Die russischen Streitkräfte sollen Hunderte von ausländischen Söldnern in der Ukraine kurz nach deren Ankunft mit Präzisionswaffen mit großer Reichweite vernichtet haben. Das verkündete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalmajor Igor Konaschenkow am Donnerstag. Er sagte laut [TASS](#):

"Hunderte ausländischer Söldner in der Ukraine wurden kurz nach ihrer Ankunft durch russische Präzisionswaffen mit großer Reichweite vernichtet, während sie sich noch in der Vorbereitungsphase befanden und taktische Einheiten bildeten."

Konaschenkow zufolge wurden außerdem die meisten Söldner in der Kampfzone aufgrund ihres niedrigen Ausbildungsniveaus und mangelnder Kampferfahrung vernichtet.

Er hob hervor, dass die Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde keine Söldner verschonen, um ihre eigenen militärischen Verluste zu verringern. Der russische General fügte hinzu:

"Gefangene Söldner berichten den Vernehmungsbeamten, dass sie in erster Linie geopfert werden. Da das Kiewer Regime die Verluste verschweigt und die sterblichen Überreste verschollen bleiben, erfahren die Angehörigen der Söldner in ihren Heimatländern einfach nichts von ihrem Tod."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/629889fd48fbef4fb448b33f.jpg>

14:10 de.rt.com: **Russische und DVR-Streitkräfte schlugen Angriff der ukrainischen**

Streitkräfte in der Nähe von Sladkoje zurück

Einheiten der Donezker Volksrepublik haben gemeinsam mit dem russischen Militär einen Angriff ukrainischer Truppen in der Nähe des Dorfes Sladkoje abgewehrt. Dies berichtete die DVR-Volksmiliz in ihrem Telegrammkanal. Es wurde angegeben, dass der Angriff aus Richtung Nowomichailowka erfolgte. Die DVR-Behörde fügte hinzu:

"Unsere Soldaten zerstörten einen Schützenpanzer und bis zu 15 Personen."

Mit einem starken Feuer sei es gelungen, zwei feindliche Feuerstellungen in der Nähe von Marjinka zu unterdrücken. "Der Feind zog sich unter erheblichen Verlusten zurück", so die DVR-Volksmiliz.

14:30 de.rt.com: Rostec erwägt Erwerb von Vermögenswerten westlicher Industrieunternehmen, die Russland verlassen

Rostec, die russische Staatsgesellschaft für Entwicklung, Produktion und Export von industriellen Hightech-Erzeugnissen, könnte die Möglichkeit des Erwerbs von Vermögenswerten westlicher Industrieunternehmen, die Russland verlassen haben, in Betracht ziehen. Das verkündete der Geschäftsführer des Unternehmens, Sergei Tschemesow, laut der Nachrichtenagentur [TASS](#).

14:50 de.rt.com: Medienbericht: Taiwan verbietet Ausfuhr von Chips und Mikroprozessoren nach Russland

Das taiwanesisches Wirtschaftsministerium hat die Lieferung strategischer Hightech-Güter nach Russland und Weißrussland verboten. Dies berichtete das Nachrichtenportal Digitimes Asia.

Die Einschränkungen gelten insbesondere für Chips mit Taktfrequenzen über 25 Megahertz und Chips mit mehr als 144 Pins. In dem Artikel hieß es:

"Lithografische Geräte, die Bildprojektion und -übertragung, Step-and-Repeat- oder Step-Scan-Verfahren durchführen, sowie Rasterelektronenmikroskope zur automatischen Prüfung von Halbleitermustern sind ebenfalls verboten."

Laut Medienberichten stellten Halbleiterausrüstungen im Jahr 2021 wertmäßig die wichtigste Exportkategorie Taiwans dar, mit einem Anteil von 32 Prozent am Gesamtwert der ins Ausland exportierten Produkte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62989386b480cc479f433c33.jpg>

15:08 de.rt.com: Bundesbürgschaften für VW in China abgelehnt – Einstieg in neue Sanktionen?

Die Berichterstattung der letzten Tage legt nahe, dass demnächst auch noch Sanktionen gegen

China beschlossen werden. Der Umgang des Bundeswirtschaftsministeriums mit Bürgschaftsanträgen von VW scheint das zu bestätigen.

Laut Meldung der FAZ hat die Bundesregierung erstmals eine Bürgschaft für Investitionen in China abgelehnt. Es handelt sich dabei um eine Verlängerung der Bürgschaften für vier Projekte von VW. Die Ablehnung erfolgte, weil die Anträge "einen Bezug zu einer Betriebsstätte in der Provinz Xinjiang" hätten bzw. ein solcher nicht auszuschließen sei. Tatsächlich betreibt VW, das ein Drittel seiner Fahrzeuge in China verkauft, seit zehn Jahren ein Werk in Xinjiang. Obwohl Automobilproduktion auch in China keine Tätigkeit von ungelerten Kräften mehr ist, sondern hochqualifizierte Arbeitsplätze mit gutem Einkommen bietet, und das Werk in Xinjiang damit zur Bekämpfung der Armut beiträgt, wird es vom Bundeswirtschaftsministerium unter der Führung des Grünen Robert Habeck in Verbindung mit der "Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang" gebracht.

Diese Bürgschaftsverweigerung dürfte der Einstieg in eine Runde gegen China gerichteter Sanktionen sein. Vergangene Woche hatte der Spiegel das Thema wieder neu [aufgewärmt](#) und eine Reihe von Fotos veröffentlicht, die er "Xinjiang Police Files" nennt; erst ganz am Ende des Artikels wird der zweifelhafte Ursprung des Materials erwähnt: "Die Xinjiang Police Files wurden dem deutschen Anthropologen Adrian Zenz zugespielt, der sie wiederum mit dem Spiegel, dem Bayerischen Rundfunk und den anderen Recherchepartnern geteilt hat." Zenz, der vom Spiegel außerdem "Chinaexperte" genannt wird und "in Washington forscht", ist in Wirklichkeit ein christlich-fundamentalistischer Prediger, der seit Jahren die einzige Quelle für sämtliche Behauptungen einer Verfolgung der uigurischen Minderheit ist. Der Spiegel erwähnt auch nicht, dass er das Material gründlich auf seine Authentizität geprüft hätte.

Tatsächlich hatte China viele Jahre lang Probleme mit aus dem Westen unterstützen islamistischen Terroristen, die vor allem in der Provinz Xinjiang tätig waren, in der die Uiguren leben. Um diesen Terrorismus zu bekämpfen, setzte die chinesische Politik vor allem auf zwei Dinge – die Anhebung des Bildungsniveaus und die Bekämpfung der Armut, die mittlerweile erfolgreich abgeschlossen ist. Nichtsdestotrotz kursierten in den letzten Jahren immer wieder Meldungen, die beispielsweise Zwangsarbeit bei der Baumwollernte in Xinjiang postulierten, obwohl die Baumwolle dort mit Erntemaschinen geerntet wird.

Auf die Veröffentlichung des Spiegel reagierten insbesondere Politiker der Grünen sofort; allen anderen voran Bundesaußenministerin Baerbock, die das von Zenz kolportierte Material sogleich ihrem chinesischen Kollegen Wang Yi vorhielt und Aufklärung verlangte. Aber auch Politiker der anderen Parteien einschließlich Gregor Gysi schlossen sich dem an.

Dass es sich dabei um ein Vorspiel zu Sanktionen handelt, erschließt sich unter anderem aus den Äußerungen des grünen Europaabgeordneten Bütikofer im Deutschlandfunk. Er [erklärte](#), bisher habe es gegen China "Sanktionen im Schongang" gegeben. Und sagt dann: "Die Bundesaußenministerin hat sich sehr klar geäußert, und ich hoffe, dass es gelingt – und die Initiative dazu müsste von Josep Borrell, dem Hohen Beauftragten der EU für Außenpolitik ausgehen – dass es gelingt, ein neues Sanktionspaket zu entwickeln." Und weiter: "Es haben sich viele europäische Firmen aus Russland zurückgezogen, wegen Putins Überfall auf die Ukraine. Warum können sich europäische Firmen, auch deutsche Firmen – ich benenne Volkswagen, ich benenne BASF - , warum können die sich nicht aus Xinjian zurückziehen!" Die Folgen von Sanktionen gegen China [wären](#) "natürlich dramatisch", so BDI-Präsident Siegfried Russwurm im Deutschlandfunk. "Wer leichtfertig davon spricht, eine Entkopplung von China jetzt anzugehen, der muss wissen, wie stark und wie groß dieser Markt und diese Wirtschaftsmacht ist."

Die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums bezüglich VW lässt bereits erahnen, dass diese Warnungen auf dem Weg zu einer Sanktionsrunde gegen China wenig Gehör finden werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6297c94db480cc539f156d59.jpg>

15:35 de.rt.com: **Kreml: Durchführung eines Referendums im Donbass noch nicht möglich**

Ein Referendum über den Beitritt des Donbass zur Russischen Föderation sei unter den derzeitigen Umständen kaum möglich, da zunächst die Sicherheit der Republiken gewährleistet werden muss. Dies hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, gesagt.

Zuvor hatte der Vorsitzende des internationalen Ausschusses der Duma, Mitglied der Verhandlungsgruppe mit der Ukraine und Leiter der russischen LDPR-Partei Leonid Sluzki erklärt, dass ein Referendum über den Beitritt der Gebiete Donezk, Lugansk und Cherson zu Russland möglicherweise gleichzeitig im Juli abgehalten wird. Auf die Frage, ob solche Szenarien im Kreml diskutiert würden und wie man mit solchen Initiativen umgehe, antwortete Peskow:

"Es ist nicht Sache des Kremls, über Volksabstimmungen zu entscheiden. Wir haben schon oft gesagt, dass die Menschen, die in diesen Gebieten leben, selbst über ihr Schicksal entscheiden müssen. Sie selbst sind es. Zunächst einmal sollte es die Entscheidung dieser Menschen sein. Und das zweite ist, dass natürlich die richtigen Bedingungen dafür geschaffen werden müssen."

Er erklärte:

"Wenn die Sicherheit nicht vollständig gewährleistet ist, und das sehen wir, und wenn das ukrainische Militär und die ukrainischen Nationalisten weiterhin zivile Ziele in diesen Gebieten angreifen usw., ist es unter diesen Bedingungen natürlich kaum möglich, über die Durchführung eines Referendums zu sprechen. Dies erfordert den Willen und die Entscheidung der Menschen selbst, und es müssen entsprechende Bedingungen geschaffen werden."



T

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298a8f548fbef097316bcf5.jpg>

17:05 (16:05) novorosinform.org: **Kanadischer Journalist sprach von Tausenden toten Soldaten der Streitkräfte der Ukraine**

Der kanadische Journalist Neil Haer, der die Ukraine besuchte, sprach in sozialen Netzwerken über Tausende toter ukrainischer Soldaten.

Neil Haer kehrte aus dem Donbass zurück und berichtete über seine Erfahrungen bei der Kommunikation mit ukrainischen Militärangehörigen. Er fügte seiner Nachricht einen Screenshot der Korrespondenz mit einem ukrainischen Soldaten bei, aus dem hervorging, dass nur noch vier von 60 Soldaten in seiner Einheit verblieben waren.

Laut Haer sterben die ukrainischen Soldaten bei den Versuchen, "jeden Zentimeter" des Territoriums von Donbass zu halten, "zu Hunderten und Tausenden".



https://novorosinform.org/content/images/57/44/45744_720x405.jpg

16:25 de.rt.com: **Oberhaupt von Cherson: Russische Staatsmacht bleibt in der Region für immer**

Das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo, erklärt, dass die Region für immer unter russischer Verwaltung bleiben werde. In einem Interview an das Nachrichtenportal Ukraina.ru erklärte er:

"Das Gebiet Cherson lebt weiter. Sowohl die Handlungen der Verwaltung als auch des Militärs machen klar, dass hier die Staatsherrschaft der Russischen Föderation für immer eingerichtet ist. Wir tun alles, damit die Menschen ruhig leben, arbeiten, ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder planen können."

In der Vergangenheit hatten Vertreter der Verwaltung des Gebiets Cherson mehrmals betont, dass die Region zum russischen Staatsgebiet werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298bcbf48fbef4f5518a2ac.jpg>
Aufbringung einer russischen Flagge in Cherson, Aufnahme vom 20. Mai

17:29 (16:29) novorosinform.org: **Moldawien bereitet den Einmarsch ausländischer Truppen in Pridnestrowien vor – Insider**

Wadim Fotescu, ein Abgeordneter des moldauischen Parlaments von der Schor-Partei, hat eine Reihe von Gesetzentwürfen vorbereitet, die die Einführung eines bewaffneten ausländischen Kontingents in Pridnestrowien (Transnistrien) ermöglichen sollen. Chisinau warte auf ein Signal des britischen Geheimdienstes, schreibt der ukrainische Telegram-Kanal „Rrsident“.

Laut der Quelle bereite Moldawien den Boden für die Einführung des rumänischen Kontingents in Transnistrien vor, was Russland zwingen solle, eine weitere Front zu eröffnen. Die endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der "Entscheidungsschlacht um Transnistrien" werde in London fallen, glauben die Autoren des Kanals.

„Jedem ist klar, dass die Republik Moldau Rumänien die Einführung von Truppen zum richtigen Zeitpunkt gestatten wird, nicht umsonst wird der innenpolitische Weg so aktiv geebnet. Die einzige Frage ist, wann dies vom britischen Geheimdienst aktiviert wird“, heißt es in dem Bericht .



https://novorosinform.org/content/images/57/50/45750_720x405.jpg

16:50 de.rt.com: **Schweden will der Ukraine Antischiffsraketen und Panzerabwehrwaffen liefern**

Wie Schwedens Außenministerin Ann Linde auf Twitter mitgeteilt hat, bereitet das Land das vierte Militärhilfepaket für die Ukraine vor. Demnach soll Kiew Antischiffsraketen, Panzerabwehrwaffen und 12,7-mm-Gewehre mit zugehöriger Munition sowie finanzielle Unterstützung erhalten. Der Gesamtwert des Pakets belaufe sich auf über 95 Millionen Euro, schrieb Linde.

Zuvor hatte das schwedische Parlament im April die Lieferung von 5.000 Panzerbüchsen und Minenräumausrüstung an die Ukraine gebilligt.

17:55 (16:55) novorosinform.org: **Medwedtschuk wird des Hochverrats angeklagt und muss mit bis zu 15 Jahren Gefängnis rechnen**

Das Staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine teilte mit, dass dem Vorsitzenden der Partei „Oppositionsplattform für das Leben“, Wiktor Medwedtschuk, eine Haftstrafe von bis zu fünfzehn Jahren droht.

Medwedtschuk wird in der Ukraine Hochverrat und Verletzung des Kriegsrechts vorgeworfen. Der Fall des Oppositionspolitikers wurde bereits vor Gericht gebracht.

Wie im Bericht des Staatlichen Ermittlungsbüros vermerkt, droht Medwedtschuk neben der

Inhaftierung auch die Beschlagnahme von Eigentum. Zuvor sagte der stellvertretende Außenminister Andrej Rudenko, Moskau erwäge nicht die Möglichkeit, Medwedtschuk auszutauschen.



https://novorosinform.org/content/images/57/53/45753_720x405.jpg

17:15 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik: Tribunal gegen ukrainische Kriegsverbrecher wird ein Beitrag zur Entnazifizierung.**

Ein internationales Tribunal gegen Angehörige ukrainischer bewaffneter Verbände, die im Donbass Kriegsverbrechen begangen haben, soll Teil des Entnazifizierungsprozesses der Ukraine werden. Dies erklärte die Vorsitzende des Komitees für Straf- und Zivilrecht des Volksrats der Donezker Volksrepublik, Jelena Schischkina, der Nachrichtenagentur TASS. Sie sagte:

"Niemand wird der Verantwortung entgehen, das ist ganz sicher. Das Volk des Donbass hat schon immer daran geglaubt. Das Wichtigste ist, dass die Welt die Gesichter dieser Menschen sieht, die Verbrechen an Zivilbevölkerung begangen und immer noch begehen. Das Tribunal wird zu einem Bestandteil des Entnazifizierungsprozesses der Ukraine."

Schischkina zufolge liegen der DVR unter anderem Beweise für den Missbrauch von Menschen als Sklaven, den Einsatz der Streitkräfte gegen Zivilisten, Geiselnahme, Mord, Vergewaltigung, Folter und Genozid vor. Dabei gab sie an, dass zahlreiche Verbrechen nicht nur durch Mitglieder der neonazistischen Bataillone, sondern auch durch Angehörige der regulären ukrainischen Streitkräfte begangen worden seien.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 2. Juni 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Rosowka die technische Möglichkeit für das Funktionieren des Internets an der Basisstation eingerichtet. In Mariupol wurden die Stromversorgung für Kommunikationsobjekte gewährleistet.

In Mariupol wurden Arbeiten zum Wiederaufbau und zur Öffnung von 12 Postfilialen durchgeführt.

An der Eisenbahnstation Wolnowacha wurden zwei Weichenübergänge wieder in Betrieb genommen, 600 Meter Oberleitung wurden montiert. An der Eisenbahnstrecke Sartana – Mariupol wurden 1500 Meter Oberleitung montiert.

Ärzte behandeln in den befreiten Territorien weiter Bürger. Mehr als 3000 Patienten erhielten qualifizierte medizinische Behandlung.

Zivilschutzkräfte haben **mehr als 12 Hektar Territorium und mehr als 3800 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 88 explosive Objekte entschärft**, es wurden 43 Mitarbeiter und

12 Stück Technik eingesetzt.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 6098 humanitäre Pakete ausgegeben. Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoosowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:40 de.rt.com: **Moldauisches Parlament beschließt Verbot russischer Nachrichtensendungen**

Das Parlament der Republik Moldau hat in letzter Lesung das Gesetz zum Schutz des Informationsraums verabschiedet, das die Übertragung von Nachrichten- und Analysesendungen sowie von Kriegsfilmen aus Russland verbietet. Dies teilte der Sprecher des Parlaments Igor Grossu mit.

Die Vorlage sieht Änderungen an verschiedenen Gesetzen vor. In dem Dokument wird der Begriff "Desinformation" als absichtliche Verbreitung von Informationen definiert, die der Informationssicherheit schaden. Zu dieser Kategorie werden Informationen gezählt, die "zum Hass aufstacheln, militärische und hybride Aggression, Terrorismus und diktatorische Regime rechtfertigen oder fördern", Informationen von Behörden eines Staates, der sich in einem militärischen Konflikt befindet und als Aggressorstaat anerkannt ist, sowie Informationen, die "demokratischen Werten und Prozessen feindlich gegenüberstehen".

Das Gesetz tritt nach der Veröffentlichung im offiziellen Register in Kraft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298d196b480cc172d77df83.jpg>
g

abends:

d18:05 de.rt.com: **Zentrum für humanitäre Hilfe von der Partei Einiges Russland in Cherson eröffnet**

In Cherson hat das erste Ressourcenzentrum für grundlegende humanitäre Hilfe der Partei "Einiges Russland" seine Arbeit aufgenommen, wie der Sekretär des Generalrates der Partei, Andrei Turtschak, gegenüber Journalisten mitteilte. Ihm zufolge wurde die Einrichtung nach dem Vorbild jener Zentren geschaffen, die zuvor in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk eröffnet worden waren. Turtschak fügte hinzu:

"Hier wird die humanitäre Hilfe akkumuliert. Und daraufhin werden dann Zentren im Gebiet Cherson, den Bezirkszentren und den Gemeinden eröffnet."

Er wies darauf hin, dass bis heute bereits rund 8.500 Tonnen humanitäre Hilfe unter der Obhut der Mitglieder von "Einiges Russland" für die Territorien von DVR und LVR sowie für das Gebiet Cherson geliefert wurden. Zurzeit würden die humanitären Lieferungen aus der Region Rostow auf die russische Teilrepublik Krim umgeleitet, damit insbesondere die Cherson-Route gestärkt werden könne, so Turtschak.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298c85648fbef548e3b2838.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 02.06.22**

Heute hat der Gegner mehr als 260 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, 155mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **3 Zivilisten verletzt**. 11 Wohnhäuser, ein Fahrzeug und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Infolge gemeinsamer Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurde ein **Versuch des Gegners, im Gebiet von Werchnetorezkoje aus Richtung Rosowka durchzubrechen abgewehrt**. Durch fachkundige Handlungen der Einheiten der DVR wurden 2 T-64-Panzer, 2 Schützenpanzer und 30 Mann vernichtet. Durch heftigen Beschuss wurden 2 Feuerstellungen des Gegners im

Gebiet von Krasnogorowka unterdrückt. Dieser zog ab, wobei der erhebliche Verluste hatte. **Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 8 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 15 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Russland, Türkei, Ukraine und UNO entwerfen Plan zur Nahrungsmittelausfuhr aus ukrainischen Häfen**

Russland, Türkei, die Ukraine und die Vereinten Nationen haben eine Roadmap zur Einrichtung eines sicheren Korridors entworfen, um die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus ukrainischen Häfen zu gewährleisten. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Anadolu unter Verweis auf nicht näher genannte diplomatische Quellen.

Demnach unternahme die Türkei seit einiger Zeit diplomatische Anstrengungen zur Schaffung eines Mechanismus, der sichere Getreidelieferungen auf die Weltmärkte gewährleisten würde. Die Roadmap sei das Ergebnis dieser Verhandlungen.

Außerdem soll laut Anadolu in nächster Zeit ein Treffen zwischen Vertretern Russlands, der Türkei, der Ukraine und der UNO stattfinden, um über Details wie Routen, Minenräumung und Versicherung von Schiffen zu verhandeln. Dies würde erlauben, etwa 20 Millionen Tonnen Getreide für den Weltmarkt bereitzustellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298d7c648fbef4ef17bc48d.jpg>

Der Hafen von Odessa

18:47 de.rt.com: **Russland beschränkt Ausfuhr von Gas, das für Halbleiterproduktion unentbehrlich ist**

Als Reaktion auf das fünfte EU-Sanktionspaket hat Russland die Entscheidung getroffen, die Ausfuhr von Edelgas, das für die Chipherstellung unentbehrlich ist, bis Ende des Jahres zu beschränken. Dies soll dazu beitragen, die russische Position in diesem Bereich zu stärken. Russland schränkt die Ausfuhr von Edelgasen ein. Damit reagiert Moskau auf die fünfte Runde der von der EU im April verhängten Sanktionen. Zu den betreffenden Gasen gehören unter anderem Argon, Helium und Neon, die in großem Umfang bei der Herstellung von Halbleitern Verwendung finden, die wiederum für die Produktion von Mikrochips benötigt werden.

In dem veröffentlichten Regierungserlass heißt es, dass die Ausfuhr von Gasen und Edelgasen bis zum 31. Dezember dieses Jahres auf Empfehlung des Ministeriums für Industrie und Handel einer staatlichen Genehmigung bedarf.

Diese Maßnahme werde die Position Russlands auf dem Weltmarkt für Mikroelektronik stärken, erklärte Wassili Schpak, stellvertretender Minister für Industrie und Handel der Russischen Föderation, im Rahmen der Konferenz Digital Industry of Industrial Russia. Schpak unterstrich, dass Russland genügend Kapazitäten habe, das Land sei auf diesem Markt präsent. Nun habe Russland vor, die Produktionskapazität in naher Zukunft zu erhöhen. Weiter hieß es:

"Wir glauben, dass wir die Möglichkeit haben werden, uns in dieser globalen Kette Gehör zu verschaffen, und dies wird uns einige Wettbewerbsvorteile bringen, wenn wir mit unseren Kollegen Verhandlungen zum gegenseitigen Vorteil führen müssen."

In Bezug auf die Halbleiterindustrie erklärte der stellvertretende Minister, dass Inertgase eines der grundlegenden Materialien seien:

"Für die Herstellung von Halbleitern werden, wenn wir über den technologischen Prozess sprechen, etwa 4.000 verschiedene Materialien und Chemikalien verwendet. Aber es gibt einige grundlegende Dinge, die fast jeder Hersteller im technologischen Prozess hat, insbesondere hochreine Gase, vor allem Neon."

Schpak fügte hinzu, dass die Halbleiterkrise lange vor der Pandemie begonnen habe und die Entscheidung, die Ausfuhr von Inertgas zu begrenzen, es Russland "ermöglichen wird, die Ketten, die jetzt unterbrochen sind, wieder zusammenzufügen und neue aufzubauen, aber bereits nach unseren Regeln".

Im April hatte die EU im Rahmen des fünften Sanktionspakets die Ausfuhr von Halbleitern, Maschinen und Ausrüstung im Wert von zehn Milliarden Euro nach Russland verboten.

Unterdessen erinnerte Moskau die sogenannten unfreundlichen Staaten daran, dass auch sie bei der Halbleiterherstellung von russischen Exporten abhängig sind. Russland liefert bis zu 30 Prozent des weltweiten Bedarfs an Neon.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298b19b48fbef4f5518a298.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: In Mariupol wurde ein Stab der Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik gebildet.

Auf Anweisung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin hat in Mariupol ein Stab der Territorialverteidigung der DVR seine Arbeit begonnen. Dies ist der erste Stab, der auf den von den ukrainischen Nazis befreiten Territorien gebildet wurde, er gehört zur allgemeinen Struktur, in der bis jetzt 17 Stadt- und Bezirksstäbe aktiv sind.

Eine Besprechung vor Ort zu Fragen von möglichst operativer und effektiver Arbeit führte der Leiter des Stabs, der Staatssicherheitsminister Generalleutnant Wladimir Nikolajewitsch Pawlenko durch.

Leiter des Stabs in Mariupol ist der Bürgermeister Konstantin Wladimirowitsch Iwaschtschenko.

Zum Stab gehören Vertreter aller Einrichtungen und Behörden, deren Arbeit auf den Wiederaufbau des friedlichen Lebens der Stadt gerichtet ist: Zivilschutzministerium, Innenministerium, Militärkommandantur, zivile Fachministerien.

Es wurden Fragen der Überwindung der Schwierigkeiten, die in Mariupol infolge der Kriegshandlungen und des ukrainischen Terrors entstanden sind, aufgeworfen.

18:55 de.rt.com: **EU beschließt sechstes Sanktionspaket gegen Russland – Ungarn setzt Ausnahme von Patriarch Kirill durch**

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich auf das sechste Sanktionspaket gegen Moskau wegen des russischen militärischen Sondereinsatzes in der Ukraine geeinigt. Dies wurde am Donnerstag auf dem Twitter-Account der französischen EU-Ratspräsidentschaft bekannt gegeben.

Den Schwerpunkt der neuen Strafmaßnahmen bildet ein umfassendes Ölembargo. Dieses sieht vor, im kommenden Jahr auf dem Seeweg kein Öl mehr in die EU zu lassen. Lediglich Ungarn, die Slowakei und Tschechien sollen wegen ihrer großen Abhängigkeit noch bis auf Weiteres russisches Öl über die Druschba-Pipeline importieren dürfen.

Zu den neuerlich vorgesehenen Sanktionen gehört auch, dass die größte russische Bank, die Sberbank, neben zwei weiteren russischen und einer weißrussischen Bank vom Zahlungssystem SWIFT abgeschaltet werden soll. Hinzu kommt, dass die Beschränkungen für den Export von Chemikalien und Hochtechnologie nach Russland noch einmal verschärft werden.

Darüber hinaus hat die EU die Liste der russischen Bürger, gegen die persönliche Beschränkungen verhängt wurden, erweitert. Außerdem wurden drei russische Medienunternehmen in der EU verboten.

Wegen des Widerstandes von Ungarn wurde der Vorsteher der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, von den Strafmaßnahmen vorerst ausgenommen. Regierungschef Viktor Orbán wollte nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur die Sanktionierung des religiösen Führers nicht akzeptieren und begründete seine Haltung "mit der Frage der Glaubensfreiheit ungarischer Religionsgemeinschaften". Diese sei "heilig und unveräußerlich", erklärte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298e3e848fbef4fb448b3da.jpg>

19:20 de.rt.com: **"Die Verteidigungslinien sind durchbrochen worden" – Zur Lage nördlich von Donezk**

RIA Nowosti hat eine Reportage aus dem nördlichen Teil der Donezker Volksrepublik (DVR) [veröffentlicht](#). Die alliierten Streitkräfte im Donbass rücken auf die Verwaltungsgrenze der DVR zu. Ende Mai wurden mehrere große Siedlungen und Städte befreit. Eine von ihnen, Swetlodarsk, in der Nähe von Gorlowka, war die Hauptfestung der ukrainischen Verteidigung im Norden der Region.

Man habe allerdings noch Straßenkämpfe vor sich, erklärte ein DVR-Offizier. Die ukrainische

Armee ziehe ihre besten Kräfte nach Artjomowsk, Kramatorsk und Slawjansk ab. Und oft würden übereilt ausgebildete Militäreinheiten an die Front geschickt, die nicht wüssten, wie man "richtig kämpft". Mobilisierte Truppen aus Lwow und Ternopol hätten keine Motivation, sich für den Donbass zu engagieren. Für sie sei die Region ein fremdes Land. Swetlodarsk habe bei den jüngsten Kämpfen praktisch keinen Schaden genommen. Das ruhige Städtchen am Ufer eines Stausees liegt mitten im Grünen und die Einheimischen flanieren durch die Straßen. Die Geschäfte sind geöffnet und es gibt keine Probleme mit der Wasser- oder Stromversorgung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/6298eee3b480cc1a35604bd0.jpg>
Ein ausgebauter Unterstand der Kiewer Truppen bei Swetlodarsk, Dezember 2021

19:45 de.rt.com: **Die Verwaltung von Saporoschje kündigt Verstaatlichung ukrainischen Eigentums an**

Der Leiter der russisch kontrollierten militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Jewgeni Balizki, hat einen Erlass unterzeichnet, der die Verstaatlichung des ukrainischen Eigentums vorsieht, wie sein Stellvertreter Andrei Trofimow gegenüber RIA Nowosti erklärte. Der Erlass sei unterzeichnet worden, um "die Bedürfnisse des Staates im Zusammenhang mit der Verbesserung der Gesamteffizienz und der sozialen Ausrichtung der Wirtschaft zu gewährleisten und das nationale Erbe für die Bewohner des Gebiets Saporoschje zu erhalten", hieß es.

Verstaatlicht werden sollen Grundstücke, natürliche Ressourcen, Objekte strategischer Wirtschaftssektoren sowie Eigentum, das sich zum Tag des Beginns der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine, dem 24. Februar, im Besitz der Ukraine befand, so Trofimow.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/6298f38948fbef548e3b2861.jpg>

19:50 de.rt.com: **Dänemark stimmt für größere Militärintegration in die EU**

Bei einer Volksabstimmung in Dänemark hat sich eine überwältigende Mehrheit dafür ausgesprochen, der militärischen Zusammenarbeit mit der EU beizutreten. Eine seit 30 Jahren wirksame Ausnahmeregelung diesbezüglich fällt somit weg.

Bei einem Referendum über die Abschaffung des EU-Verteidigungsvorbehalts, einer der Vorbehalte Dänemarks gegenüber der Europäischen Union, haben sich die Befürworter mit rund zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen klar durchgesetzt.

Das Referendum wurde Anfang März 2022 im Anschluss an den russischen Einmarsch in die Ukraine angekündigt. Ein breites, parteiübergreifendes Bündnis einigte sich darauf, für die Abschaffung zu werben. Dieses Ergebnis bedeutet, dass Dänemark nun Teil der militärischen Zusammenarbeit der EU wird und dänische Soldaten in EU-geführte Operationen entsandt werden können.

Nach Auszählung von über 98 Prozent der Stimmen lag das "Ja"-Lager nach Angaben des dänischen Rundfunks DR bei fast 67 Prozent. Der politische Kommentator des Senders, Jens Ringberg, bezeichnete diese Zahl als "das größte Ja, das jemals in einem dänischen Referendum für etwas, das mit der EU zu tun hat, ausgesprochen wurde."

Der Abgeordnete Søren Pape Poulsen von der Konservativen Volkspartei argumentierte, das Ergebnis des Referendums sei eine Frage des Solidaritätsgefühls der Dänen. Er erklärte: "Es herrscht Krieg in Europa. Er schwelt an mehreren Orten. Und da wir, Dänemark, uns auch an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen können, denke ich, dass die Dänen gesagt haben, dass wir das auch als Teil einer Gemeinschaft (der EU) tun sollten."

Der dänische Politiker fügte hinzu, das mache ihn in der aktuell "instabilen" Situation "stolz und glücklich".

Bislang war in Dänemark eine Sondervereinbarung mit der EU gültig. Der "Vorbehalt" im Verteidigungsbereich kam nach einem Referendum im Jahr 1993 zustande. Dänemark beteiligte sich in der Folge nicht an militärischen Operationen der EU, weder mit Geld noch mit Material oder Soldaten. Während dänische Soldaten an der NATO-Operation in Bosnien und Herzegowina teilnahmen, kehrten sie nach Hause zurück, als die EU die Führung dieser Mission übernahm. Zu Kopenhagens anderen Vorbehalten gegenüber der Europäischen Union gehören der Euro und die polizeiliche Zusammenarbeit mit der EU. Diese Vorbehalte waren ebenfalls in Volksabstimmungen beschlossen worden.

In den vergangenen Monaten haben jedoch viele Parteien ihren Kurs geändert. Insgesamt 10 der 13 im dänischen Parlament vertretenen Parteien empfahlen ihren Wählern, an der Wahlurne mit "Ja" zu stimmen. Die nationalkonservative Dänische Volkspartei war dagegen einer der schärfsten Gegner des Vorschlags. Sie behauptete, die EU würde die Kontrolle über die dänischen Soldaten übernehmen.

Die Befürworter der Abschaffung argumentieren, dass ohne die Zustimmung des dänischen Parlaments keine Soldaten in EU-Missionen entsandt werden können. Außerdem werde eine typische EU-geführte Truppe mit friedenserhaltenden Aufgaben betraut sein. Sollten sich die Dänen an einer separaten "EU-Armee" beteiligen, müsste ein weiteres Referendum durchgeführt werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62987e90b480cc47ab70e89d.jpg>